



universität
wien

dämo
kratie
zentrum
wien

Klassen gibt es auch außerhalb der Schule

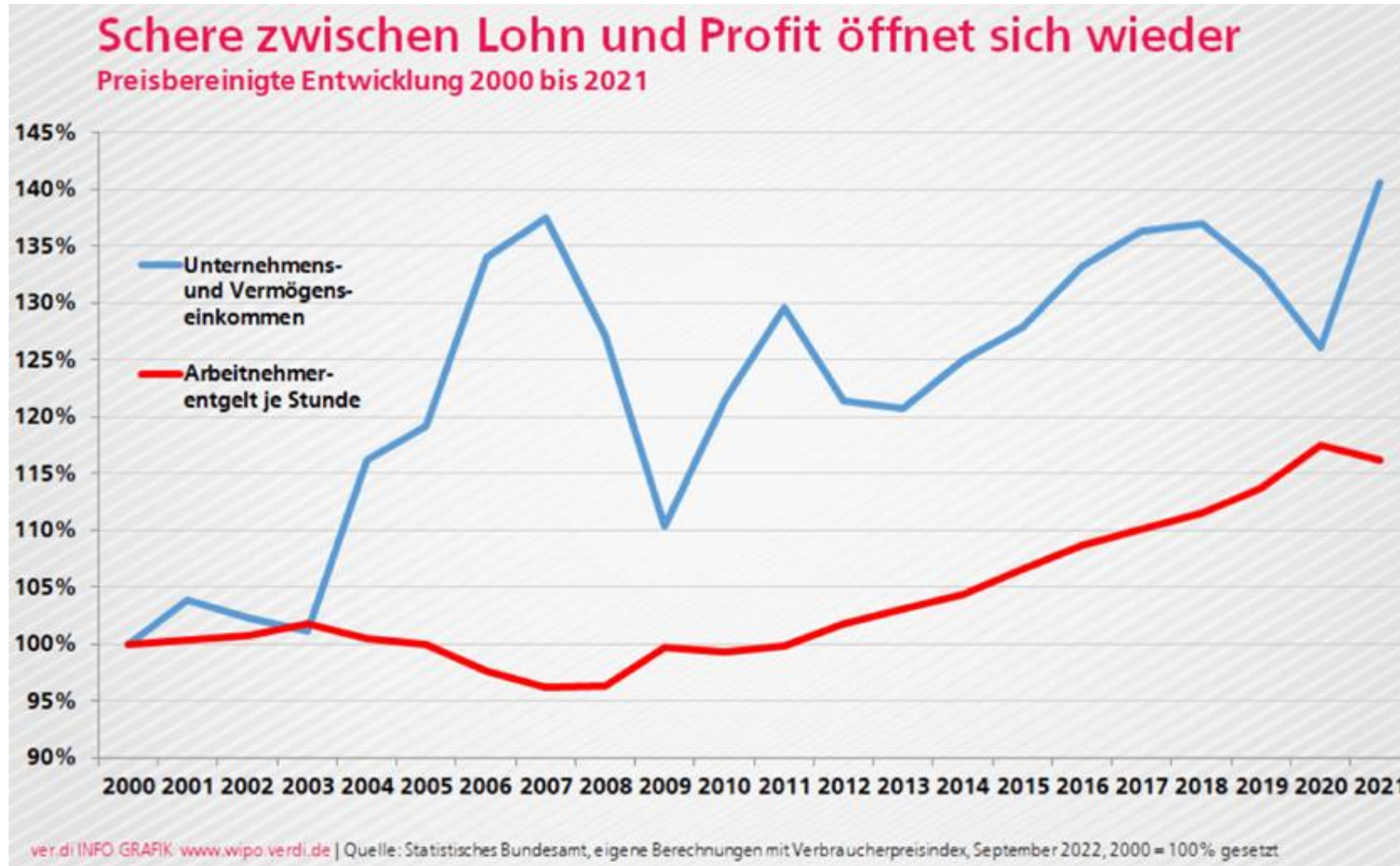
**Kapitalistische Klassenverhältnisse als Kardinalproblem der Gegenwartsgesellschaft und
Politischen Bildung**

Dr. Sascha Regier

(Referat Gewerkschaftliche Bildung GEW NRW)

7.11.2025

1. Sozio-ökonomische Ausgangslage Politischer Bildung:



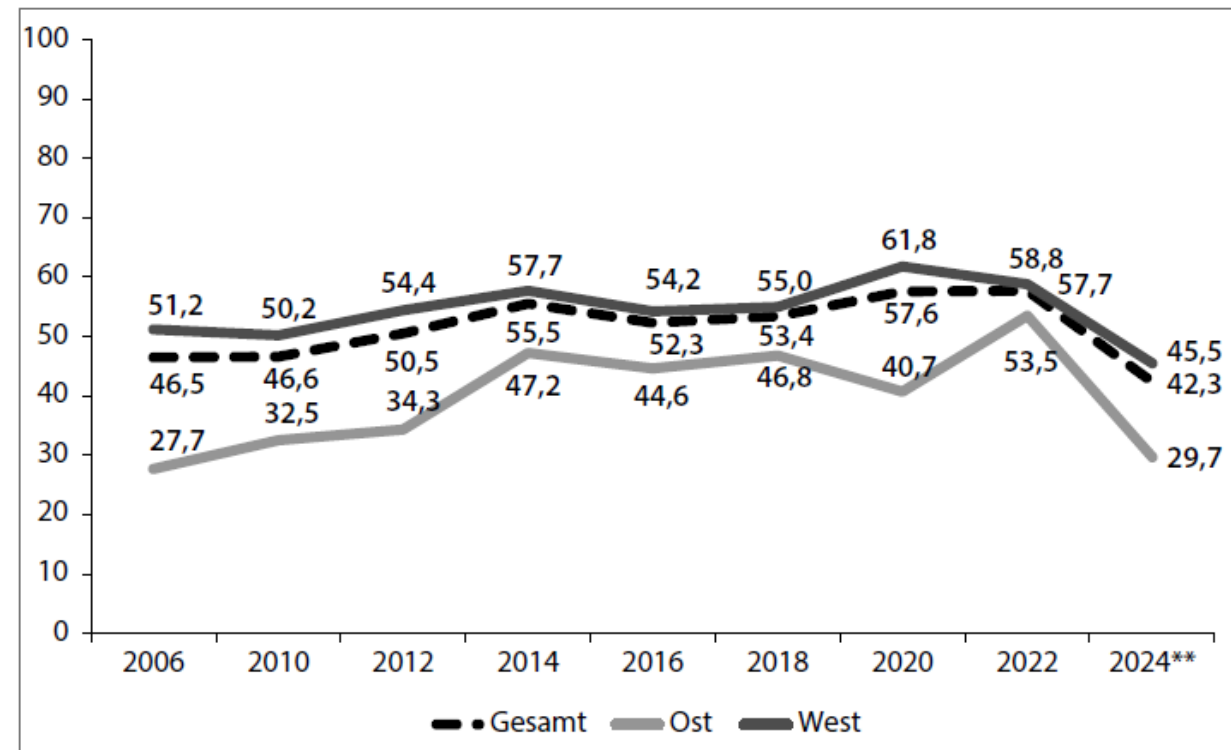
2. Gefährdung Demokratie durch wachsende soziale Ungleichheit:

u.a.:

1. Abnehmende Wahlbeteiligung Prekarisierter
2. Krise politischer Repräsentation: Erstarken rechtsextremer Parteien/Organisationen
3. Konzentration Medienmacht bei Kapitalbesitzenden

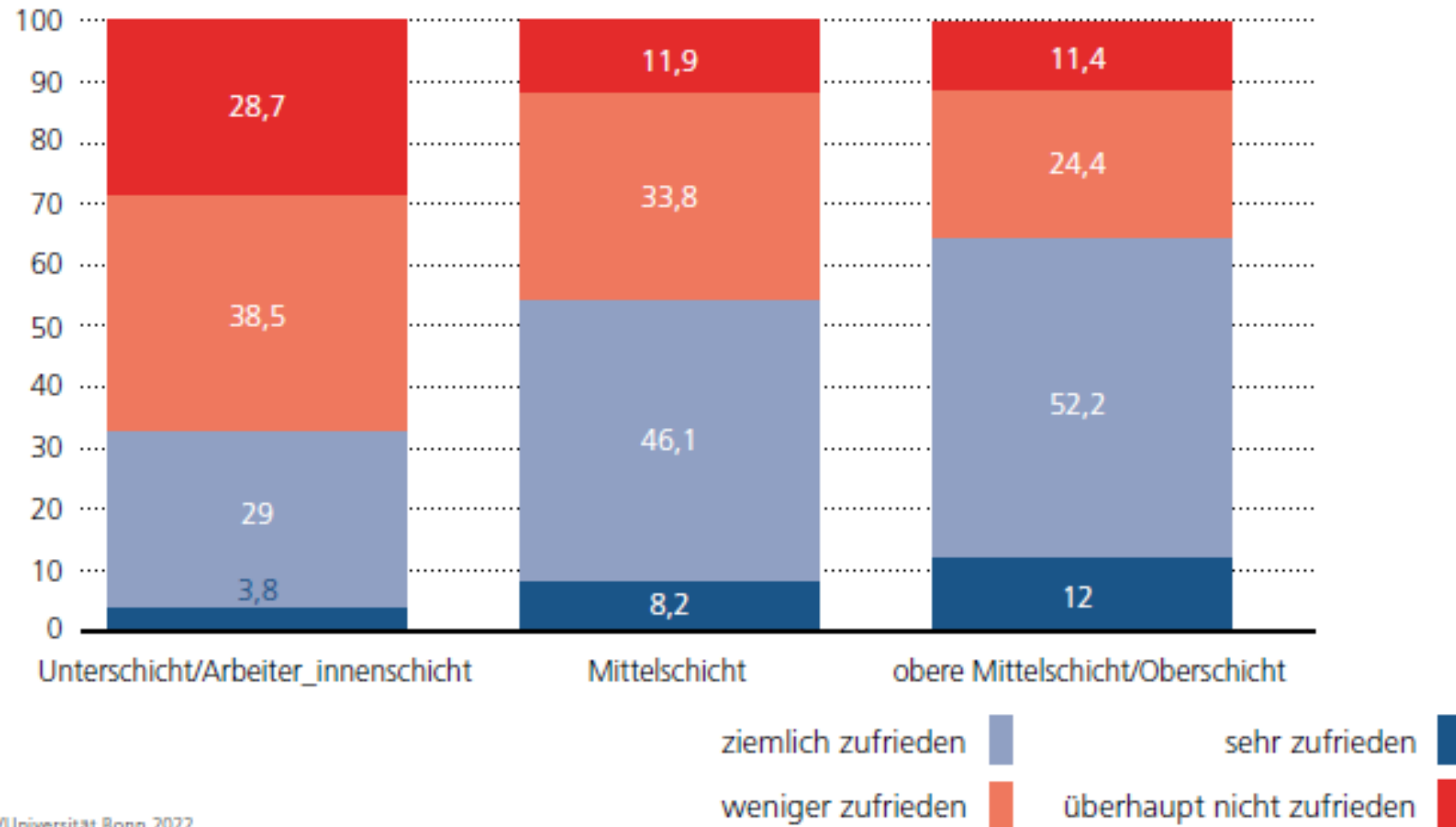
Oliver Decker, Johannes Kiess, Ayline Heller & Elmar Brähler

Grafik 26: Zustimmung zur »Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert« 2006–2024 (in %)



Pearsons Chi-Quadrat Unterschiede im Ost-West-Vergleich 2024: **p < .01

Abbildung 5
DEMOKRATIEZUFRIEDENHEIT nach subjektiver Schichtzuordnung (in %)



n = 2.408

Quelle: Umfrage FES/Universität Bonn 2022

3. Instrumentalisierung „sozialer Frage“ durch Neue Rechte:

- Kulturalisierung/Ethnisierung sozialer Probleme
 - Rechtspopulismus: „Neue soz. Frage *nicht Oben-Unten* → *Innen-außen*“
(B. Höcke 2016)
 - *Zentrum* (bis 2022 „*Zentrum Mobil*“) (Verein,
„Rechte Gewerkschaft“)
- Ersetzung Ausbeutungs-/Klassenverhältnisse
durch *Volksgemeinschaft*



4. Demokratie in der Wirtschaft hilft gegen rechtsextreme Einstellungen:

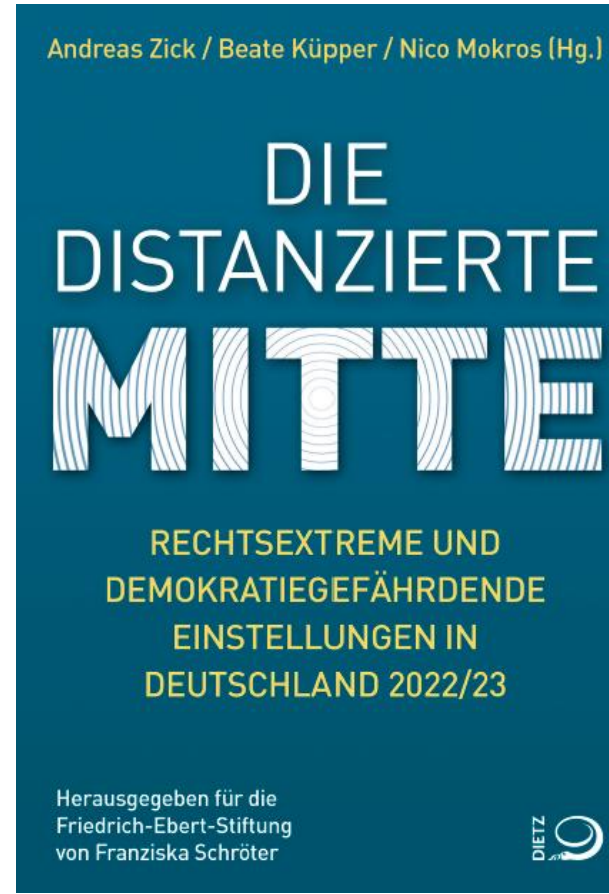
„Wenn Beschäftigte in [der Wirtschaft] [...] statt Ungerechtigkeit und Frustration demokratische Handlungsspielräume wahrnehmen können, stärkt das ihre *demokratischen Einstellungen* und verringert das Risiko, dass in *antipluralistischen Ideologien* und dem *Ressentiment* gegen Andere Kompensation gesucht wird.“

(Studie Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland 2023)



5. Schlüsse für die Politische Bildung?

„Mit einer kritischen Perspektive auf (oft mangelnde) Möglichkeiten der *demokratischen Teilhabe* in *Schule*, *Arbeits-* und *Ausbildungsplatz* lässt sich fordern, dass *politische Bildung* in vielen verschiedenen Räumen, Situationen und Strukturen verankert sein sollte. Für die Arbeitswelt und für Schule existieren empirisch positive Zusammenhänge von demokratisierenden Aspekten der *Mitbestimmung*, *Mitgestaltung* und *Solidarität* mit demokratischen Einstellungen und Ablehnung von Menschenfeindlichkeit.“
(Mitte-Studie 2023)



These:

In der Politischen Bildung sollten Klassen- u. damit Eigentumsverhältnisse in Gesellschaft und Betrieben thematisiert werden, um Bewusstsein für (die Ausweitung von) Mitbestimmungsmöglichkeiten zu schaffen

- wegen einer *Demokratisierung* der Gesellschaft
- wegen der *Selbstbestimmung* der Subjekte
- wegen dem Kampf gegen Rechtsextremismus



6. Sichtweise sozialer Ungleichheit in der Öffentlichkeit:

„In der breiten Öffentlichkeit findet bisher zu wenig Beachtung, dass die *sozioökonomische Ungleichheit* das *Kardinalproblem* unserer *Gesellschaft* [...] ist, beschwört sie doch ökonomische Krisen und ökologische Katastrophen, aber auch [...] Kriege herauf [...].“

(Christoph Butterwegge 2024)

- medial u. politisch zumeist als Resultat individueller Entscheidungen, Leistungen o. Krisen (z.B. Trennung, Krankheit) vermittelt

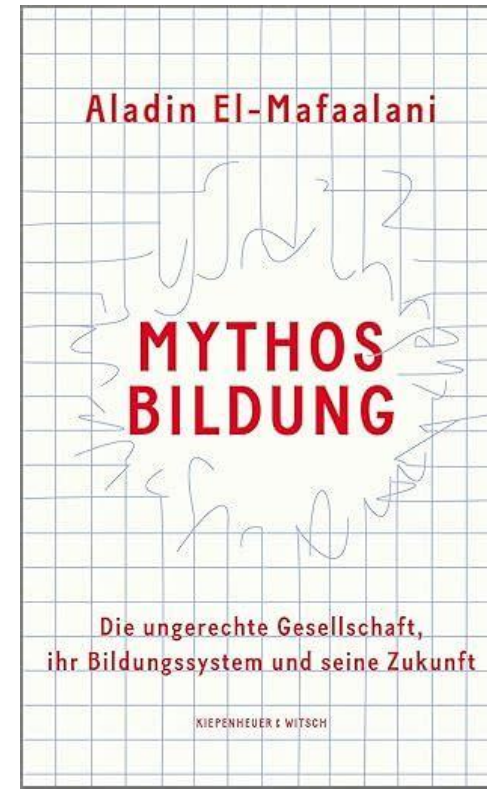
→ nicht als *strukturelles Problem* moderner *Gesellschaft*

7. Defizite vorherrschender Politischer Bildung:

- Soziale Ungleichheitskategorien wie „*race*“/ „*gender*“ zunehmend in Lehramtsausbildung thematisiert

→ aber: Ungleichheitskategorie „*Klasse*“ kaum problematisiert

paradox: denn sozio-ökonomische Herkunft noch immer ausschlaggebende Faktor für Bildungszugang



8. „Strukturelle Konflikte Ausgangspunkt der Bildungsarbeit“ (Oskar Negt 1975)

- nicht lediglich temporäre, intersubjektive Konflikte gleichstarker Konfliktparteien mit gleichen politischen Zugangs-/Partizipationsmöglichkeiten (*Pluralismustheorie/ Sozialpartnerschaft*)
- *Strukturelle Konflikte* aus *gesellschaftlichen Strukturen* resultierende *soziale Konflikte*, die Macht-/Herrschaftsverhältnisse u. soziale Ungleichheit längerfristig konstituieren u. Institutionelle Entscheidungsprozesse bestimmen

9. Klärung notwendig: Was ist Kapitalismus?:

Kapitalismusbegriff: kommt in meisten Ansätzen gegenwärtigen Politischen Bildung gar nicht (mehr) vor („*Soziale Marktwirtschaft*“)

→ obwohl Kapitalismus weiterhin sozioökonomische Grundlage
Gegenwartsgesellschaft (Wolfgang Streeck 2010)

→ obwohl *Produktionsverhältnisse* der Ökonomie den Bereich des
zentralen gesellschaftlichen Strukturkonflikts darstellen
(Walther Müller-Jentsch 1997)

HANDBUCH
DEMOKRATIEBILDUNG
UND FACHDIDAKTIK

Sabine Achour, Matthias Sieberkrob, Detlef Pech,
Johanna Zelck und Philip Eberhard (Hg.)

BAND 1: GRUNDLAGEN
UND QUERSCHNITTAUFGABEN

Klassenverhältnisse im Kapitalismus:

„Kapitalismus bezeichnet die Trennung in eine kleine Gruppe **privater Verfügungsberechtigter** [Arbeitgeber*in/Unternehmer*in/Aktionär*innen] über Produktionsmittel (Maschinen, Grund, Boden, Fabriken etc.), bei denen die maßgeblichen **Entscheidungsbefugnisse** liegen, und in die erheblich größere der **Nichteigentümer** [Arbeitnehmer*in/abhängig Beschäftigte], die **keinen nennenswerten Anteil an den Entscheidungen** über die Produktion haben.“

(Jürgen Kromphardt 2004)

→ „In kapitalistischen Betrieben herrschen [weiterhin] vordemokratische Verhältnisse.“ (Hans-Jürgen Urban 2024)



Klassenbegriff grundlegend für Politische Bildung:

„Die krasse Ungleichheit der Gegenwart lässt sich nur verstehen unter Rückgriff auf die analytische Schlüsselkategorie der Klasse.“ (Butterwegge 2021)

- *Klassentheorien* unterscheiden sich von *Schichtkonzepten* dadurch, dass sie bestehenden Strukturen sozialen Ungleichheit erklären u. nicht bloß beschreiben
- Klassen repräsentieren *Produktions-, Eigentums- u. Herrschaftsverhältnisse* Gesellschaft
- Klassenbegriff relational

Intersektionalität: Verschränkung mit *race, gender* etc.



empirische Daten zeigen Klassenverhältnisse:

■ Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf 1960 - 2023*

Jahr	insgesamt in 1.000	<u>Selbständige und mithelfende Familienangehörige</u>		<u>Arbeitnehmer*innen</u>	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %
1960	26.194	5.907	22,6	20.287	77,4
1965	26.630	5.327	20,0	21.303	80,0
1970	25.951	4.556	17,6	21.395	82,4
1975	25.961	3.697	14,2	22.264	85,8
1980	26.875	3.240	12,1	23.635	87,9
1985	26.626	3.136	11,8	23.490	88,2
1990	29.334	3.158	10,8	26.176	89,2
1995	36.048	3.818	10,6	32.230	89,4
2000	36.604	3.966	10,8	32.638	89,2
2005	36.566	4.501	12,3	32.065	87,7
2010	38.939	4.480	11,5	34.459	88,5
2015	40.279	4.321	10,7	35.958	89,3
2016	41.339	4.299	10,4	37.040	89,6
2017	41.641	4.246	10,2	37.395	89,8
2018	41.895	4.148	9,9	37.747	90,1
2019	42.379	4.076	9,6	38.303	90,4
2020	41.562	3.709	8,9	37.798	90,9
2021	41.552	3.725	9,0	37.827	91,0
2022	42.527	3.770	8,9	38.758	91,1
2023	43.117	3.742	8,7	39.374	91,3

Bis 1990: Westdeutschland, ab 1991: Deutschland

Quelle: Statistisches Bundesamt (2024)

91,3% der Erwerbstätigen in Deutschland arbeiten in abhängiger Beschäftigung

Ca. 10% privaten Haushalte Betriebsvermögen (Deutsche Bundesbank 2017)

10. Sicht auf Wirtschaft in vorherrschenden Politikdidaktik:

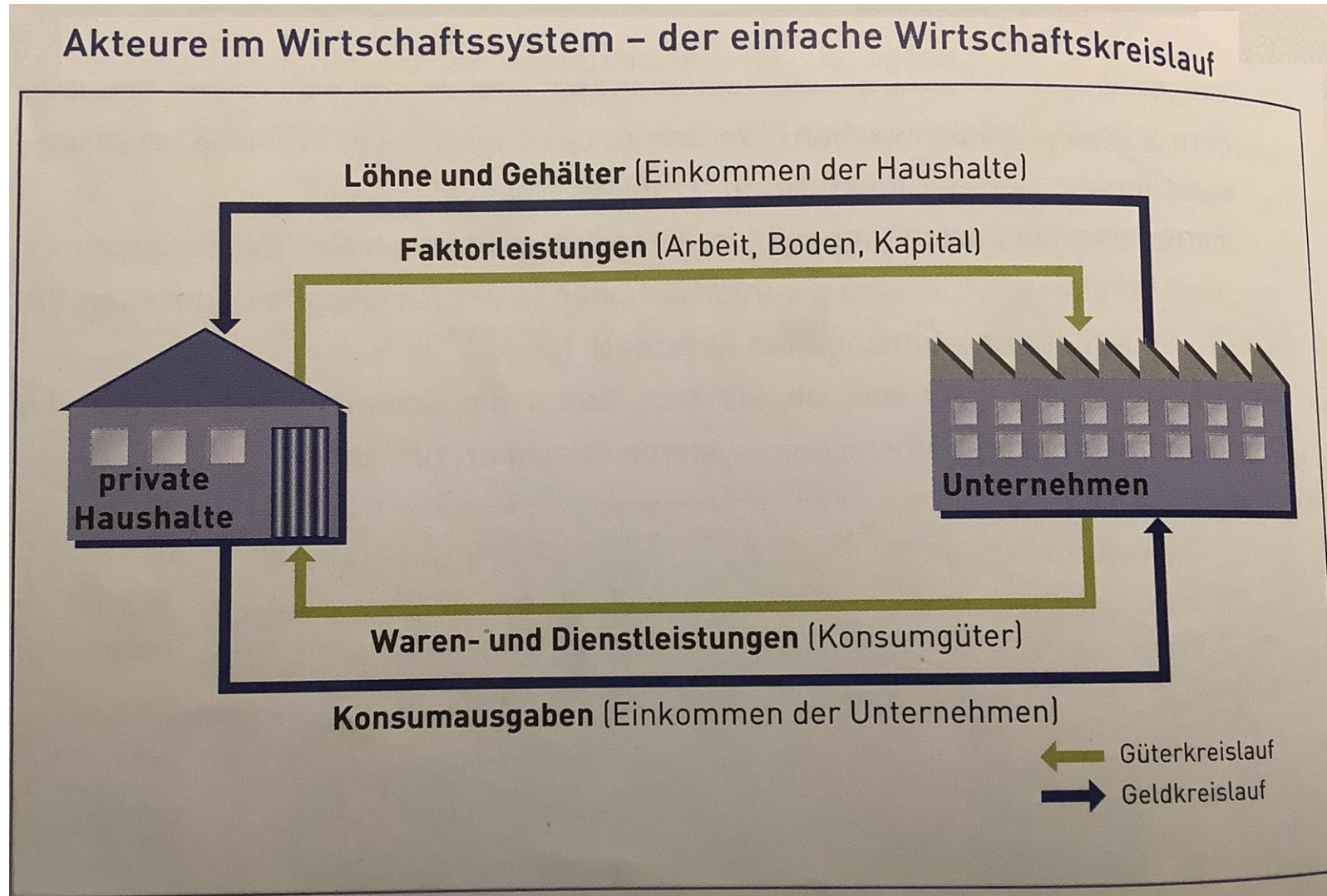
hier keine/kaum Klassen thematisiert

- Verschwinden Herrschafts- u. Machtanalyse aus Politischen Bildung
- Affirmation gegebenen politischen u. sozialen Ordnung
- Politische Bildung wird unpolitisch

HANDBUCH POLITISCHE BILDUNG

Wolfgang Sander, Kerstin Pohl (Hg.)

Beispiel Wirtschaftskreislauf:



Beispiel Standardsicherung:

Grundkurs

abitur.nrw

Vorgaben 2027

Sozialwissenschaften

Inhaltsfeld 4: Wirtschaftspolitik	Inhaltsfeld 5: Europäische Union	Inhaltsfeld 6: Strukturen sozialer Ungleichheit, sozialer Wandel und soziale Sicherung	Inhaltsfeld 7: Globale Strukturen und Prozesse
Legitimation staatlichen Handelns im Bereich der Wirtschaftspolitik	EU-Normen, Interventions- und Regulationsmechanismen sowie Institutionen	Erscheinungsformen und Auswirkungen sozialer Ungleichheit	Internationale Friedens- und Sicherheitspolitik — <i>Realismus und Institutionalismus</i>
Zielgrößen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland	Historische Entwicklung der EU als wirtschaftliche und politische Union	Sozialer Wandel	Beitrag der UN zur Konfliktbewältigung und Friedenssicherung
Qualitatives Wachstum und nachhaltige Entwicklung	Europäischer Binnenmarkt	Modelle und Theorien gesellschaftlicher Ungleichheit — <i>Schichten-, Lagen- und Milieumodelle</i>	Internationale Bedeutung von Menschenrechten und Demokratie
Konjunktur- und Wachstumsschwankungen	Europäische Integrationsmodelle — <i>Föderalismus, Intergouvernementalismus, Funktionalismus</i>	Sozialstaatliches Handeln	Merkmale, Dimensionen und Auswirkungen der Globalisierung
Wirtschaftspolitische Konzeptionen — <i>Auseinandersetzung über den Umgang mit Staatsverschuldung</i>	Strategien und Maßnahmen europäischer Krisenbewältigung		Internationale Wirtschaftsbeziehungen — <i>Freihandel und Protektionismus</i>
Bereiche und Instrumente der Wirtschaftspolitik			Wirtschaftsstandort Deutschland

Beispiel Kernlehrplan:

Kernlehrplan
für die Sekundarstufe II
Gymnasium/Gesamtschule
in Nordrhein-Westfalen

Sozialwissenschaften und
Sozialwissenschaften/Wirtschaft

Die Online-Fassung des Kernlehrplans, ein Umsetzungsbeispiel für einen schulinternen Lehrplan sowie weitere Unterstützungsmaterialien können unter www.lehrplannavigator.nrw.de abgerufen werden.

Nennung der Begriffe:

„*Klasse*“: 0 Mal

„*Kapitalismus*“: 0 Mal

„*Marktwirtschaft*“: 29 Mal

11. Probleme vorherrschender Politikdidaktik:

Begriffe Sozialstrukturanalyse:

Durch Fokussierung auf *Milientheorien*, *Schichtenansätze* antagonistisch zerrissene Klassengesellschaft n. erfasst o. als politisches Thema debattiert

- Ausbeutungsverhältnisse n. erfasst (*Moralisierung*)
- Grundlage bürgerlicher Gesellschaft n. begriffen (*Eigentum*)
(Gesellschaft nur in Oberflächengestalt wiedergegeben, auf Distributionssphäre – Einkommen/Vermögen – beschränkt)
- Verschwinden des Politischen (*Interessenkonflikte*)
- Kapitalismusbegriff durch „Soziale Marktwirtschaft“ ersetzt (*Harmonieideologie*)

12. Verkürzte Kapitalismuskritik in Politischer Bildung:

u.a.:

- Klassismus
- Kritik Neoliberalismus: Privatisierung, Deregulierung
- Finanzmarkkapitalismus
- Eat the rich

→ *strukturell* bedingten Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung n. aufgezeigt

→ tendenzielle Komplementarität zwischen *Kapitalismus* als Wirtschaftssystem u. *Demokratie* als politischer Ordnung suggeriert

→ demokratisch-staatliche Einhegung vermachteter Märkte



15. Politische Bildung über Eigentumsverhältnisse führt zu Debatte über Demokratisierung Wirtschaft:

u.a.:

- Wirtschaftsdemokratie
- Soziale Demokratie
- Demokratischer Sozialismus
- plurale Eigentumsformen (Vergesellschaftung)
- Parlament der Firma
- Betrieblicher Wirtschaftsrat



Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit!

